



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales und Gesundheit
der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Dietmar Weinert

Wiesbaden, 22.08.2013

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Soziales und Gesundheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales und Gesundheit
am Mittwoch, 28. August 2013, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. 13-F-08-0063

Kooperation kommunales Jobcenter mit der örtlichen Agentur für Arbeit
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 21.8.2013 -

Regelmäßig kommt es vor, dass mit dem kommunalen Jobcenter und der Agentur für Arbeit (Bundesbehörde) zwei verschiedene Behörden für die Leistungsgewährung von Leistungsberechtigten zuständig sind, so zum Beispiel bei der Aufstockung von Arbeitslosengeld I - Leistungen mit Leistungen nach dem SGB II oder der Gewährung von Kinderzuschlag.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. gibt es einen wie auch immer gearteten Austausch zwischen den beiden Behörden?
Wenn ja in welcher Form?
2. Sind Probleme in diesen Bereichen bekannt? Wenn ja welche?

2. 13-F-08-0064

Situation psychisch kranker Menschen in Wiesbaden
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 21.08.2013 -

Es gibt viele aktuelle Anlässe, um sich mit der Situation psychisch kranker Menschen in Wiesbaden zu beschäftigen:

- 1) Auch in der Psychiatrie wird ein neues Abrechnungssystem PEPP eingeführt, in der gegenwärtigen Erprobungsphase noch freiwillig, bald jedoch für alle Kliniken verbindlich. Dabei werden die Tagessätze bei längeren Aufenthalten gesenkt, was zu vorzeitiger Entlassung führen wird und die Rückfallquoten erhöht (Drehtüreffekt).
- 2) Für Menschen mit psychischen Krankheiten bestehen in Deutschland Gesetze der einzelnen Bundesländer über „Schutz“ und „Hilfen“ für psychisch kranke Menschen. Es soll das Recht psychisch Erkrankter sicherstellen, ein eigenverantwortliches und selbstbestimmtes Leben in der Gemeinschaft zu führen. Aber die zuständigen Behörden werden damit auch ermächtigt, im Falle akuter Selbst- oder Fremdgefährdung den Erkrankten gegen seinen Willen in einem psychiatrischen Fachkrankenhaus unterzubringen und auch zwangszubehandeln. Das für Hessen seit 1952 geltende Freiheitsentziehungsgesetz soll noch in diesem Jahr vom hessischen Landtag durch ein detaillierteres und schärferes Unterbringungsgesetz ersetzt werden.
- 3) Der zweimal im Jahr tagende psychosoziale Ausschuss der Landeshauptstadt Wiesbaden befasst sich mit vielen wichtigen Themen. Die Möglichkeit an diesem teilzunehmen wird nur von wenigen Stadtverordneten genutzt, die Ergebnisse sind durch die Übersendung der Protokolle allen Fraktionen wenigstens potentiell bekannt.
- 4) Es gibt ggf. Bedarfe, die bei den Haushaltsplanberatungen berücksichtigt werden könnten/müssten.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Gibt es in Wiesbaden einen Krisendienst, an den Betroffene sich in akuten Situationen (vor allem auch spät abends, an Wochenenden und Feiertagen) wenden können, um z.B. entlastende Gespräche führen zu können?
2. Gibt es in Wiesbaden begleitete Rückzugsräume, wie sie für die Teilnehmer_innen der Integrierten Versorgung geschaffen wurden?
3. Wurden die Belange psychisch kranker Menschen im lokalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention berücksichtigt? Wenn ja, in welcher Weise? Wenn nein, warum nicht? Wurden Psychiatrieerfahrene, Angehörige und Mitarbeiter_innen der Gemeindepsychiatrie am Aktionsplan beteiligt?

4. Wie viele Menschen aus Wiesbaden waren in den Jahren 2012, 2002 und 1992 untergebracht nach dem Hessischen Freiheitsentziehungsgesetz und nach BGB § 1906 in
 - a) einer offenen psychiatrischen Einrichtung mit Auflagen
 - b) einer geschlossenen psychiatrischen Einrichtung
 - c) in einem Heim mit Auflagen
 - d) einem geschlossenen Heim in Wiesbaden und außerhalb
 - e) einer forensischen Psychiatrie auf dem Eichberg und weiter weg
 - f) mit jeweils welchen durchschnittlichen Aufenthaltsdauern?
5.
 - a) Wie sind die Vergleichszahlen aus anderen Kommunen, z.B. mit Frankfurt, Mainz, Erfurt und Dresden?
 - b) Wie viele waren jeweils minderjährig?
 - c) In wie vielen Fällen waren jeweils Betreuer_innen involviert?
6.
 - a) In welchem Verhältnis stehen beim Platzangebot Angebot und Nachfrage in den jeweiligen Bereichen?
 - b) Welche unerfüllten Wohnbedarfe gibt es?
 - c) Welche Maßnahmen wurden/werden diesbezüglich ergriffen?
 - d) Kann der Versorgungsauftrag unter den gegebenen Bedingungen erfüllt werden?
 - e) Wie hoch sind die durchschnittlichen Wartezeiten?
 - f) Müssen Patient_innen abgewiesen oder Abteilungen überbelegt werden?
 - g) Ist sichergestellt, dass Patient_innen nach der Entlassung eine eigene Wohnung haben oder in eine Wohngemeinschaft vermittelt werden können?
 - h) Gibt es eine Vermittlung zu Psychotherapeuten im direkten Anschluss an den Klinikaufenthalt?
7.
 - a) Wie stellt sich die Personalsituation in den einzelnen Einrichtungen dar?
 - b) Konnte der Schlüssel der Personalverordnung eingehalten werden?
8.
 - a) Wie wird in Wiesbaden verfahren in Bezug auf Zwangsbehandlungen, Gabe von Neuroleptika und Fixierungen?
 - b) Wird das Personal regelmäßig geschult, um Zwangsmaßnahmen abwenden zu können?
 - c) Haben die Patient_innen die Möglichkeit, sich ungestört zurückziehen zu können?
 - d) Wird auf Neuroleptika verzichtet, wenn diese abgelehnt werden?
 - e) Werden die Patient_innen entlassen, wenn sie sich weigern, sich mit Psychopharmaka behandeln zu lassen?
 - f) Wie weit werden Patienten unterstützt, Psychopharmaka allmählich abzusetzen (auszuschleichen)?
9.
 - a) Gibt es Möglichkeiten für Betreuer_innen von psychisch kranken Menschen, sich regelmäßig juristisch und medizinisch-psychiatrisch fortzubilden?
 - b) Wenn ja, welche und wie wird dies in Anspruch genommen? Wenn nein, warum nicht?

3. 13-F-08-0065

Umsetzung des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung bei der Antragstellung (SGB II und SGB XII) - hier: Vorlage von Kontoauszügen
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 21.8.2013 -

Das Amt für soziale Arbeit verlangt von Erstantragsteller_innen im SGB II und Erst- und Weiterbewilligungsantragsteller_innen im SGB XII die Abgabe von Kopien der Kontoauszüge der letzten drei Monate. Es wird zudem explizit betont, dass nichts geschwärzt werden dürfe.

Der Ausschuss möge beschließen:

- 1) Der Magistrat wird gebeten sicherzustellen, dass alle Mitarbeiter_innen in den genannten Rechtsgebieten umgehend mit der Rechtslage vertraut gemacht werden und Betroffene über ihre Rechte seitens der Behörde zutreffend aufgeklärt werden:
 - a) Es besteht lediglich das Recht auf Einsicht der Kontoauszüge - eine Speicherung dieser persönlichen Daten ist nicht vorgesehen.
 - b) Ausgaben bis zu einer Höhe von 50 Euro dürfen geschwärzt werden, nur der Betrag selbst muss sichtbar bleiben.
 - c) Schwärzungen können unabhängig vom Betrag grundsätzlich dann vorgenommen werden, wenn die Buchungstexte Angaben über besonders geschützte Daten im Sinne des § 67 Abs. 12 SGB X enthalten. Dazu zählen Angaben über die „rassische“ und ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder philosophische Überzeugungen, Gewerkschaftszugehörigkeit, Gesundheit oder Sexualleben. Beispielweise kann bei Überweisungen von Mitgliedsbeiträgen an eine Partei bzw. eine Gewerkschaft oder bei Zahlungen an eine Religionsgemeinschaft die Bezeichnung der Organisation geschwärzt werden.
- 2) Bei den Betroffenen ist nachzufragen, ob die fälschlicherweise und gegen ihren Willen gespeicherten Daten gelöscht werden sollen, oder alternativ alle kopierten Kontoauszüge aus den Akten zu entfernen.
- 3) Die Betroffenen müssen auf die Möglichkeit des Schwärzens einzelner Buchungen bereits bei der Anforderung der Kontoauszüge hingewiesen werden. (siehe gemeinsame Hinweise der Landesbeauftragten für den Datenschutz der Länder Berlin, Brandenburg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein).

4. 13-F-03-0090

Folklore Festival auf dem Schlachthofgelände erhalten!
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.8.2013 -

Das „Folklore“ Festival ist ein zentraler Bestandteil der Jugendkultur Wiesbadens. Es blickt auf eine 36-jährige Tradition zurück. Es ist weit über die Stadtgrenzen hinaus bekannt und ein wichtiger Imagefaktor für die Stadt.

Die Forderung einzelner Anwohner, die Musik bereits ab 20 Uhr auf Zimmerlautstärke zu reduzieren, gefährdet das Festival insgesamt.

Kein anderes Musik-Event in der Stadt Wiesbaden bietet dieses Maß an großstädtischer Jugendkultur und verbindet gleichzeitig Jung und Alt - denn nicht zu vergessen ist, dass das Festival seine Wurzeln in den 70-ern hatte und auch diese Altersgruppe zu den regelmäßigen Festivalbesuchern zählt.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

sich uneingeschränkt für den Fortbestand des Festivals „Folklore“ auszusprechen und sämtliche Möglichkeiten auszuschöpfen, damit das Open Air-Festival auf dem Schlachthofgelände weiterbestehen kann.

5. 13-F-05-0009

Fakten zum Haus des Jugendrechts

- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 20.8.2013 -

Die mit unserem Antrag vom 7. November 2012 erbetenen Angaben (hier insbesondere Ziff. 1 und 2) liegen immer noch nicht vor.

Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, nunmehr die erbetenen Fakten dem Ausschuss für Soziales und Gesundheit bekanntzugeben.

6. 13-F-03-0091

Bericht zu Kita „Zauberberg“

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.8.2013 -

Seit dem Jahr 2006 möchte der Verein „Zauberberg“ eine Kita in Delkenheim gründen. Nach unserer Kenntnis versucht der Verein deshalb seit längerem eine Förderzusage seitens der Stadt zu erhalten. Letztmalig wurde hierüber am 5. August 2013 in der Presse berichtet. Strittig sei hiernach, dass viele der zu betreuenden Kinder nicht aus Wiesbaden stammen würden und die Stadt selbst keinen weiteren Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen sähe. Gemäß Kita-Bericht 2012 fehlen in Delkenheim Betreuungsplätze.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten:

- 1) Wie ist der Sachstand bezüglich der Förderung der Kita des Vereins Zauberberg?
- 2) Wann und wie beabsichtigt der Magistrat weitere Betreuungsplätze insbesondere im Krippenbereich in Delkenheim zu schaffen?

7. 13-F-33-0034

ANLAGE

Studentisches Wohnen im ehemaligen American Arms Hotel
- *Bericht des Oberbürgermeisters vom 12.7.2013* -

8. 13-F-05-0007 ANLAGE

„Impfmüdigkeit“ in Wiesbaden?
- *Bericht des Dezernates VI vom 25.6.2013* -

9. 13-F-33-0010 ANLAGE

Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien nach Wiesbaden
- *Bericht des Dezernates VI vom 17.6.2013* -

10. 12-V-51-0021 DL 25/12-5, ANLAGE

U3- Ausbauprogramm 48; Schaffung von 50 zusätzlichen Krippenplätzen (und 75
Elementarplätzen) in 3 Kindertagesstätten
- *Bericht des Dezernates VI vom 17.6.2013* -

11. 13-F-33-0032 ANLAGE

Straßenkinder in Wiesbaden
- *Bericht des Dezernates II vom 12.7.2013* -

12. 11-F-33-0013 DL 29/13-1

Jugendschutz forcieren - erfolgreiche Präventionsarbeit ausbauen
- *Bericht des Dezernates VII vom 19.06.2013* -

13. 13-A-50-0001

Aktuelle Entwicklungen im Sozial- und Gesundheitsbereich

14. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. **11-V-51-0003** DL 30/13-1
Kinderhaus Elsässer Platz; Grundsatzvorlage zur baulichen Erweiterung

2. **12-F-05-0012** ANLAGE
Defibrillatoren im öffentlichen Raum der LHW
- Bericht des Oberbürgermeisters vom 12.7.2013 -

3. **13-V-20-0048** DL 31/13-1 NÖ
Änderung des Gesellschaftsvertrags der AltenHilfe Wiesbaden GmbH

4. **13-V-20-0052** DL 33/13-3
Investitionscontrolling 2. Quartal 2013

5. **13-V-40-0011** DL 28/13-3
Ausbau Grundschulkinderbetreuung - Bericht zur Entwicklung

6. **13-V-51-0009** DL 33/13-7
Planstellenbedarf Internationale Jugendarbeit - Anmeldung zum Stellenplan 2014/15

7. **13-V-51-0016** DL 29/13-5
Gebührenanpassung in der Kindertagespflege

8. **13-V-51-0020** DL 33/13-8
Stellenneuschaffung bei Amt 51/Abteilung 51.5102

9. **13-V-51-0023** DL 30/13-4, 29/13-6
U3-Ausbauprogramm 48; Schaffung von 50 zusätzlichen Krippenplätzen und 25
Elementarplätzen in 4 Kindertagesstätten

- 10. 13-V-51-0027** **DL 30/13-5**
U3 - Ausbauprogramm 48; Schaffung von 20 zusätzlichen Krippenplätzen in der städtischen KT Künstlerviertel, Ausführungsvorlage
- 11. 13-V-51-0030** **DL 29/13-7**
Schulsozialarbeit an Berufsschulen, Verstetigung der Koordinierungsstelle im Übergang Schule-Beruf
- 12. 13-V-51-0032** **DL 28/13-6**
Kindertagesstätte des DRK Flachstraße / Mehrkosten beim Neubau
- 13. 13-V-51-0035** **DL 28/13-7**
Wiesbadener Geschäfts- und Eingliederungsbericht SGB II 2012
- 14. 13-V-51-0038** **DL 30/13-6**
U3- Ausbauprogramm 48; Ausführungsvorlage zum Neubauvorhaben der Kindertagesstätte Steingasse im Bergkirchengebiet in Trägerschaft von Xenia gGmbH; Förderung der Betriebskosten und der Erstausrüstung
- 15. 13-V-51-0039** **DL 32/13-1**
Kita des DRK Flachstraße / Geänderte Betriebskosten der Kindertageseinrichtung
- 16. 13-V-51-0041** **DL 29/13-8**
Nachwahl von einem stimmberechtigten Mitglied in den Jugendhilfeausschuss
- 17. 13-V-51-0048** **DL 33/13-9**
U3- Ausbauprogramm 48; Schaffung von 20 zusätzlichen Krippenplätzen bei der Kath. Kindertageseinrichtung Sankt Gabriel

Seite 9 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit am 28. August 2013

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Ulrich Weinerth
Vorsitzender